

Dieter Reicherter

71566 Althütte-Fautspach, den 13.9.2022

Frau Ricarda Lang
Bundesgeschäftsstelle Bündnis 90 / Die Grünen
Platz vor dem Neuen Tor 1
10115 Berlin

AKW Neckarwestheim 2

Sehr geehrte Frau Lang,

Sie sind nicht nur Bundesvorsitzende Ihrer Partei, sondern gleichzeitig Bundestagsabgeordnete meines Wahlkreises. Das trifft sich sehr gut, denn dann sind Sie gleich doppelt Ansprechpartnerin für mein Anliegen.

Ich bin wohnhaft in Althütte im Schwäbischen Wald nahe Backnang. Das Atomkraftwerk Neckarwestheim 2 liegt in Luftlinie nur etwas mehr als 20 km von Backnang entfernt. Auch deshalb ist für mich die Sicherheit des Atomkraftwerks ungemein wichtig. Bei einem ernsthaften Störfall bis hin zur Kernschmelze müsste ich mit der Evakuierung und möglicherweise damit rechnen, auf Dauer nicht mehr in mein Haus zurückkehren zu können. Soweit mir bekannt ist, gibt es in der Gemeinde Althütte so gut wie keine Vorkehrungen für diesen Fall. In Backnang wird es kaum anders sein.

Derzeit sieht es danach aus, dass das AKW Neckarwestheim 2 auch nach dem gesetzlich festgesetzten Stilllegungsdatum 31.12.2022 in irgendeiner Form weiter betrieben werden soll. Hierfür trägt die Bundesregierung, an der ihre Partei beteiligt ist, besondere Verantwortung. Auf die Diskussion, ob ein solcher Weiterbetrieb, sei es auch nur als Reserve, sinnvoll ist oder nicht, will ich hier gar nicht eingehen. Allerdings möchte ich Sie – auch als Bundestagsabgeordnete – nachhaltig an das grundgesetzlich garantierte Recht der Bürgerinnen und Bürger auf Schutz ihrer Gesundheit und ihres Lebens durch staatliche Organe hinweisen. Ich habe den Eindruck, dass dieser Aspekt derzeit nicht gewürdigt wird.

Gegen die Sicherheit des AKW Neckarwestheim 2 bestehen schwerwiegende und ernstzunehmende Bedenken. Wie Sie sicherlich wissen, wurden bei der letzten Revision mehr als 350 Risse in den Hochdruckrohren der Dampferzeuger festgestellt. Solche Risse gibt es auch in anderen Atomkraftwerken. In Frankreich haben sie zur Abschaltung von Atomkraftwerken geführt.

Dass dieses Sicherheitsrisiko überhaupt bekannt wurde, ist vor allem der Aufklärungsarbeit verschiedener Organisationen zu verdanken. Nachdem das zuständige Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft des Landes Baden-Württemberg es jahrelang verstanden hat, Anfragen hierzu zu verschleppen, ist es der AG AtomErbe Neckarwestheim mit meiner Unterstützung durch Stellung eines Antrages auf Akteneinsicht nach dem Umweltverwaltungsgesetz gelungen, Einsicht in zahlreiche Dokumente zur Revision des AKW zu nehmen und die Sicherheitsbedenken beleuchten zu können. Auch namhafte Sachverständige bestätigen, dass die erforderliche Sicherheit der Anlage nicht mehr gewährleistet ist, und fordern eine sofortige Abschaltung wie sie die französischen Behörden in gleicher Lage angeordnet haben.

Demgegenüber verbreitet das für die Aufsicht zuständige Umweltministerium des Landes Baden-Württemberg weiter die Behauptung, das Atomkraftwerk sei sicher. Das hat offenbar zu der Entscheidung, es über das Abschaltdatum hinaus in Bereitschaft zu halten, geführt. In diese Beteuerungen des von Ihrer Partei geführten Landesministeriums habe ich allerdings kein Vertrauen. Das liegt auch an meinen Erfahrungen mit dem ebenfalls von Ihrer Partei geführten Staatsministerium Baden-Württemberg. Nach fast zehnjährigem letztlich erfolgreichem Kampf um Akteneinsicht in dessen interne Dokumente, der bis hin zum Europäischen Gerichtshof geführt wurde, musste ich feststellen, dass das Staatsministerium nicht etwa bürgernah zur Aufklärung der Wahrheit beigetragen hat. Im Gegenteil wurden Lügen und Manipulationen der Vorgängerregierung unter Ministerpräsident Stefan Mappus im Zusammenhang mit dem Projekt Stuttgart 21 durch das Staatsministerium vertuscht und selbst die Aufklärung des Verdachts einer möglichen Straftat des früheren Ministerpräsidenten (falsche uneidliche Aussage vor dem Untersuchungsausschuss) vereitelt.

Seit dem Geniestreich des damaligen Ministerpräsidenten Mappus zum Rückkauf der Beteiligung des Landes Baden-Württemberg an der EnBW, die das Atomkraftwerk betreibt, hat das Land als Anteilseigner ein erhebliches Interesse am wirtschaftlichen Erfolg der EnBW. Diese Interessen überwiegen offensichtlich bei Entscheidungen das im Grundgesetz garantierte Recht der Bürgerinnen und Bürger auf Schutz ihrer

Gesundheit und ihres Lebens. Zumindest kann ich mir auf andere Weise die Vernachlässigung der Sicherheitsinteressen beim Betrieb des AKW nicht erklären.

Die letzte periodische Sicherheitsüberprüfung des AKW Neckarwestheim 2 hat im Jahre 2009 stattgefunden. Die nächste wäre bereits vor drei Jahren fällig gewesen. Wenn ich das mit meinem Auto vergleiche, so wäre dies etwa so wie wenn der TÜV längst abgelaufen und die Bremsleitungen schadhaft wären. Niemand würde es gutheißen, wenn ich trotz fehlenden TÜVs und des Risikos eines Bremsausfalls mein Auto weiter fahren würde. Die erste Forderung muss also sein, zuerst sämtliche Hochdruckrohre der Dampferzeuger auszutauschen und danach unverzüglich die Sicherheitsüberprüfung nach dem aktuellen Stand der Technik durchzuführen. Eine Rücksichtnahme auf die dabei entstehenden hohen Kosten darf es nicht geben. Denn Sicherheit geht vor. Wenn danach die Kilowattstunde Strom fünf Euro kostet, so muss dies eben irgendwie finanziert werden, falls man sich nicht aus wirtschaftlichen Gründen für die Abschaltung entscheidet.

Solange diese zwingend notwendigen Maßnahmen nicht durchgeführt sind, ist ein Weiterbetrieb des Atomkraftwerks unverantwortlich. Ich bitte Sie, diese Bedenken ernsthaft zu prüfen und nicht das von der Landesregierung verbreitete Märchen der Sicherheit ungeprüft weiter zu verbreiten. Im Ernstfall mit notwendiger Evakuierung von Teilen Ihres Wahlkreises werden die Behörden und Rettungskräfte überfordert sein. Notfalls bin ich bereit, dann mit meinem PKW bei der Evakuierung von Alten und Kranken in meiner Nachbarschaft behilflich zu sein. Da es offenbar dafür bislang keine Vorkehrungen gibt, müsste ich allerdings rechtzeitig wissen, wohin denn diese Menschen transportiert werden sollen.

Gerne stehe ich für ein persönliches Gespräch zur Verfügung. Ihnen und ihrer Arbeit wünsche ich alles Gute und verbleibe mit freundlichen Grüßen

Dieter Reicherter